Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Werktags v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mittags in Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (ungefähr 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg., für Familiennachrichten 2c.), bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche vereinigte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesendeter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Dr. Kadner's Sanatorium
Heil-Anstalt und Kurhaus. Niederlössnitz bei Dresden. Das ganze Jahr geöffnet.

Photographische Apparate für Amateure
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufslocal jetzt: Parterre.

„Invalidendank" jetzt Seestrasse 5, I.

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Baby-Kleidchen -Jäckchen -Mäntel -Hütchen -Häubchen -Mützchen -Schuhchen -Lätzchen
Hermann Arndt, Bautznerstr. 46.

Lodenjoppen, Mäntel, Hüte, Mützen, Rucksäcke, Jagdtaschen, Handschuhe
empfiehlt als praktische Weihnachtsgeschenke **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23.**

Nr. 351. Spiegel: Sozialreform. Hofnachrichten. Stadtverordnetenkollegium. Intern. Einbrecher. Weihnachten in Sicht. Prozeß bei dem Löbauer Eisenbahn-Unfall. Sinfonie-Concert, Arnold's Kunstsalon, Kgl. Konservatorium. | Muthmaßliche Witterung: Vermuthlich Niederschläge. | **Sonntag, 20. Dezbr.**

Politisches.

Bei dem letzten parlamentarischen Diner beim Reichskanzler hat sich Kaiser Wilhelm in Anknüpfung an den Hamburger Hafenarbeiter-Ausstand über seinen jetzigen sozialpolitischen Standpunkt geäußert. Er sprach seine Freude darüber aus, daß die Arbeitgeber in Hamburg kräftigen Widerstand gegen die unberechtigten Forderungen der Ausständigen geleistet hätten, und entwickelte eingehend den Gedanken einer Coalition der Arbeitgeber. Durch die Bildung einer solchen Coalition würde allen Verführungen und Verhetzungen mit Erfolg entgegengetreten werden können. Eine solche Coalition würde auch der Arbeiterwelt selbst zum Segen gereichen.

Hätte unser Kaiser den sozialpolitischen Standpunkt, wie er mit diesen Aeußerungen skizzirt ist, schon im Anfang des Jahres 1890 vertreten, so hätten jedenfalls nicht die Meinungsdifferenzen auf dem Gebiete der Arbeiterfrage den Anstoß zu dem Rücktritt des Fürsten Bismarck geben können, der damals im Prinzip dasselbe sozialpolitische Programm, allerdings erfolglos, vertrat, zu dem sich heute Kaiser Wilhelm II. bekennt. Im Februar 1890 wurde aber von allerhöchster Stelle die Nothwendigkeit nicht einer Coalition der Arbeitgeber, sondern der Organisation der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern als die wichtigste Aufgabe des neuen sozialpolitischen Kurses in den Vordergrund gestellt. Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 enthielten folgende Stelle: „Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden." Diese Erlasse erschienen ohne die Gegenzeichnung des ersten Reichskanzlers. Noch am Tage vor ihrer Veröffentlichung hatte der große Realpolitiker vermöge seiner überlegenen Kenntniß des wirklichen Lebens den Rath gegeben, die Erlasse in's Feuer zu werfen. Bald nach seinem Rücktritt gab Fürst Bismarck in einer Ansprache an eine Deputation des Centralverbands deutscher Industrieller der Ansicht Ausdruck, daß das Vorgehen der Regierung auf sozialpolitischem Gebiet zur Züchtung von Sozialdemokraten führen müsse. Thatsächlich hat das sozialpolitische Regierungs-Programm des Jahres 1890, obwohl es nur zum Theil verwirklicht worden ist, die von Bismarck prophezeite Wirkung gehabt, d. h. das Gegentheil der Wirkung, die der Kaiser von der Coalition der Arbeitgeber erhofft, durch die allen Verführungen und Verhetzungen mit Erfolg entgegengetreten werden soll. Die Erwartung, daß die Versöhnungspolitik, zu der 1890 auch in sozialpolitischer Beziehung die Initiative, freilich ausschließlich zu Gunsten der Arbeiter, gegeben wurde allmählich dahin führen werde, die Sozialdemokratie gouvernemental oder ihr doch zum Mindesten die Arbeitermassen wieder abwendig zu machen, ist bitter enttäuscht worden. Das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist keineswegs in den letzten Jahren besser geworden; die Kluft zwischen Kapital und Arbeit ist nicht überbrückt, sondern erweitert worden. Die sozialpolitischen Maßnahmen des neuen Kurses haben nicht das große soziale Versöhnungs- und Ausgleichungswerk gefördert, vielmehr die Begehrlichkeit, die Anmaßung und die Selbstüberhebung der sozial-revolutionären Bewegung derart gesteigert, daß sich schließlich selbst die regierenden Kreise der Erkenntniß nicht mehr verschließen konnten, daß der Sozialreform, wie sie der Kanzlerwechsel des Jahres 1890 angebahnt hatte, ein Riegel vorgeschoben werden müsse. So erklärte schon im Februar 1895 im Reichstag der damalige preußische Handelsminister Frhr. v. Berlepsch, daß in den Bestrebungen der Arbeiter und in der Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 eine Verzögerung, um deswillen eingetreten sei, weil jede Maßnahme, möge sie noch so wohlmeinend sein, von der sozialdemokratischen Agitation und Führung bis in ihr letztes Moment vergiftet werde. Es sei fortan ein Gebot der Vorsicht, nicht mehr ein Gesetz zu machen, ehe es nicht dahin geprüft sei, ob nicht die sozialdemokratische Agitation durch dasselbe gestärkt werde, ob nicht die sozialdemokratischen Agitatoren durch ein solches Gesetz in die Lage gesetzt werden, das Gift, welches sie in unsere Arbeiterklassen tragen, in stärkeren Dosen anzuwenden.

Gegenüber der besonders lebhaft auf ultramontaner Seite verfochtenen Forderung, die Organisation der Arbeitervertretung, wie sie die kaiserlichen Erlasse aus dem Jahre 1890 im Auge hatten, durchzuführen, betont heute Kaiser Wilhelm mit Entschiedenheit den Gedanken einer festen Coalition der Arbeitgeber. Damit ist von maßgebender Stelle die Berechtigung des Standpunktes anerkannt, daß es gegenwärtig nicht darauf ankommt, die einseitige immer weitere Forderungen erweckende Concessionspolitik fortzusetzen, sondern daß es eine dringlichere Aufgabe ist, einen starken Schutz für die Unternehmer, für die Arbeitgeber zu schaffen gegenüber den Verführungen und Verhetzungen der sozialdemokratischen Führer. Indem zur Zeit der Nachdruck auf diese Aufgabe gelegt wird, soll durchaus nicht die stolze Genugthuung darüber beeinträchtigt werden, daß das Deutsche Reich allen Kulturvölkern der Erde mit seinen sozialen Reformgesetzen zur Hebung des Arbeiterwohls vorangegangen ist. Aber es darf nicht soweit gegangen werden, daß über der ausschließlichen Fürsorge für die Arbeiter die Rücksichten auf die Arbeitgeber ganz außer Acht gelassen werden. Leider ist dies aber bereits geschehen: durch Experimente, wie sie sich die Commission für die Arbeiterstatistik mit ihren Arbeitseschätzungsschablonen geleistet hat, werden die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeitgeber in bedenklichster Weise gefährdet.

Ein Mittel, um solche Gefahren wirksam abzuwehren, bietet der Gedanke Kaiser Wilhelm's von der Coalition der Arbeitgeber. Diese sollte, so weit sie nicht schon vorhanden ist, überall vornehmlich auch um deswillen bewerkstelligt werden, um den Begehrlichkeiten und Ausschreitungen der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Arbeiter nachhaltigen Widerstand entgegensetzen zu können. Das Zusammenschließen der Arbeitgeber ist ein Gebot der Selbsterhaltung gegenüber dem direkt oder indirekt durch die Sozialdemokratie erlangten Vorsprung der Arbeitercoalitionen. Je weiter die sozialrevolutionäre Propaganda fortschreitet, um so größer wird die Berechtigung der Sozialdemokratie, sich als Vertreter der Arbeiterschaft anzuziehen, und um so mächtiger wird der Terrorismus, den die revolutionäre Partei den Arbeitgebern gegenüber auszuüben vermag. Ist die Coalition der Arbeitgeber eine ebenso starke und geschlossene wie die der in den sozialdemokratischen Organisationen vereinigten Arbeitnehmer, so werden sich diese in Zukunft hüten, so willkürliche Kraftproben anzustellen, wie mit dem Hamburger Streik, wie mit den Boykottirungen und den Maifeiern. Wenn die Arbeiter vermöge ihrer Organisation und Agitation durch Appell an das Klassenbewußtsein und die Interessensolidarität ihre Forderungen durchzusetzen suchen, so liegt wohl nichts näher, als daß die Arbeitgeber ebenso verfahren, sich unter einander coaliren, ihrerseits durch ihr Klasseninteresse solidarisch sich verbunden fühlen und demgemäß gemeinsam operiren, um „den Verführungen und Verhetzungen mit Erfolg entgegentreten" zu können. Solche Coalitionen würden aber, wie der Kaiser hofft, den Arbeitern selbst zum Segen gereichen können, indem sie nicht blos frivole und aussichtslose Lohnkämpfe, durch die den Interessen der Arbeiter nicht gedient wird, verhindern, sondern indem sie die Möglichkeit bieten, die Arbeiterforderungen auf ihre Erfüllungsberechtigung zu prüfen, und den Weg der Verständigung und des Ausgleichs bahnen, ohne daß es jedes Mal vorher erst zu verbitternden Akten der Feindseligkeit kommt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Dezbr.

Berlin. Der Bundesrath ist Donnerstag in die Ferien gegangen; die Militärstrafprozeßordnung ist mithin nicht mehr von ihm erledigt worden. Nach neueren der „Post" zugehenden Nachrichten dürfte die Annahme dieser Vorlage auch nach dem Wiederzusammentritt des Bundesraths nicht so gleich zu erwarten sein, da die Zahl der dazu gestellten Anträge sehr erheblich ist. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall ist heute zum ersten Male seit seiner kürzlichen Erkrankung wieder in seinem Bureau des Auswärtigen Amts gewesen. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Gegenüber den an einzelnen Produktenbörsen hervortretenden Bestrebungen, vom 1. Januar 1897 ab den Börsenverkehr als solchen aufzugeben, machen wir darauf aufmerksam, daß die Anwendbarkeit des Börsengesetzes und der zu dessen Ausführung ergehenden Vorschriften nicht dadurch beseitigt wird, daß der Verkehr mit Vermeidung des Ausdrucks „Börse" in eine von den bisherigen Formen des Börsenhandels äußerlich abweichende Gestalt sich kleidet. Entscheidend ist vielmehr der wirthschaftliche Charakter der stattfindenden Geschäftsabschlüsse und Zusammenkünfte von Kaufleuten, insbesondere ihre Einwirkung auf die Preisgestaltung außerhalb der an den Abschlüssen unmittelbar betheiligten Kreise. — Nachdem in Preußen, Bayern und anderen Bundesstaaten eine Konvertirung der 4prozentigen Konsols beschlossen ist, steht, wie offiziös bemerkt wird, zu erwarten, daß sich der Reichstag nach der Weihnachtspause mit einer Vorlage zu beschäftigen haben wird, welche die gleichen Maßnahmen für die Reichsanleihen vorschreibt. — Um sich von der Lage auf den Philippinen und besonders von dem Zustande in Manila und der nahen Provinz Cavite persönlich zu überzeugen, wird sich Kontreadmiral Tappin als Geschwaderchef der ostasiatischen Kreuzerdivision am 24. ds. Mts. an Bord des Kreuzers „Irene", von Hongkong kommend, auf der Rhede von Manila einfinden. — Der Ausschuß des Tanganyika-Dampfer-Komitees beschloß unter Vorsitz des Majors v. Wißmann, den Dampfer aus Stahl bauen zu lassen. Das Längenmaß wurde auf 18 Mtr. festgesetzt. Die Baukosten werden auf rund 50,000 M. veranschlagt. Der Dampfer wird in etwa 1000 Trägerlasten, von denen die schwersten Stücke, einige Kesseltheile, 210 Kgr. schwer sind, zertheilt werden. Der Dampfer soll auf der Nyanza-Route nach dem Orte seiner Bestimmung gebracht werden. — Für die in Donaueschingen bevorstehende Ersatzwahl zum Reichstage proklamirt das Centrum an Stelle des verstorbenen Fürsten zu Fürstenberg den Frhrn. v. Stotzing zum Kandidaten. — Bei den Wahlen der Arbeitgeber der Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge sind die vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller aufgestellten Kandidaten denen der sozialdemokratischen Vereinigung der Kaufleute gegen eine Zweidrittel-Majorität sämmtlich unterlegen. — Das im Verlage des „Vorwärts" erscheinende, zur Agitation unter den Landbewohnern bestimmte sozialdemokratische „Volksblatt für Teltow-Beeskow" geht ein. Das Blatt erforderte großen Zuschuß aus der Parteikasse und wurde von den Landbewohnern nicht gelesen.

Hamburg. Der Verband der Arbeitgeber theilte heute den Kommissaren des Senats mit, er müsse darauf bestehen, daß der Ausstand der Hafenarbeiter und der verwandten Gewerbe bedingungslos für beendet erklärt werde. Nachdem dies geschehen, sei der Verband bereit, sich an einer Enquête unter Mitwirkung einiger Senatsmitglieder zur Beseitigung etwaiger Mißstände zu betheiligen. In den heute Nachmittag stattgefundenen Versammlungen der Ausständigen wurden Berichterstatter nicht zugelassen. Gegen Mittag wurden sämmtliche Posten der Ausständigen eingezogen, damit alle Ausständigen an der mittelst Stimmzettel vorzunehmenden Abstimmung über eine eventuelle Beendigung des Ausstands theilnehmen konnten. In 5 Versammlungen der Ausständigen stimmten 7265 für, 3671 gegen die Fortsetzung des Ausstands.

* **Hamburg.** Der Reichstagsabgeordnete Legien empfahl den Ausständigen in der heutigen Versammlung die Annahme des Senatsvorschlages an, er überlasse aber den Ausständigen die Entscheidung; als das Ergebniß der Abstimmung verkündet wurde, forderte Legien die Ausständigen auf, nunmehr zu beweisen, was der Begriff von Solidarität sei, eventuell auch ohne Unterstützung am Widerstande festzuhalten. (Stürmischer Beifall.) Hauptsächlich stimmten die Ewerführer und Quaiarbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit, die Schauerleute dagegen. Die Ewerführer beabsichtigen, in der morgigen Sonderversammlung zu beschließen, ob sie sich von den übrigen Ausständigen trennen und die Arbeit am Montag wieder aufnehmen wollen.

Königsberg i. Pr. Der Eisbrecher ging gestern um 7 Uhr von hier nach Pillau. Die bisherige Fahrstraße ist von Eismassen bedeckt, die sich infolge von Südweststurm zusammengeschoben hatten. Theilweise erreichten die zusammengeschobenen Eismassen eine Stärke von 7 Fuß. Das erforderliche Durchbrechen einer neuen Fahrrinne machte die Fahrt außerordentlich schwierig, sodaß der Dampfer erst nach 2stündiger Fahrt Pillau erreichte.

Tübingen. Zwei Studenten, der Mediziner Lübbe aus Hamburg und der Theologe Aichele aus Bernstadt, welch Letzterer schon 16 Semester studirte, erschossen sich in ihren Wohnungen.

Konstanz. Die „Konstanzer Zeitung" meldet: Der Direktor der hiesigen Reichsbanknebenstelle, Ludwig Hegele, ist seit gestern Morgen verschwunden. In der Kasse wurde ein Fehlbetrag von etwa 350,000 Mark entdeckt. Ob Hegele flüchtig geworden oder sich ein Leid angethan hat, ist noch unbekannt.

Wien. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation erklärte der Ackerbauminister, daß die Regierung das Studium der Frage des Terminhandels in Getreide auf Grund des durch zwei Enquêten gewonnenen und des wissenschaftlichen Materials fortsetze. Nach Abschluß dieser Untersuchung werde die Regierung ihre Vorschläge zur Bekämpfung des Börsenspiels in landwirthschaftlichen Erzeugnissen einer Vertretung der interessirten Kreise noch zur Begutachtung vorlegen und alsdann dieselben dem Hause unterbreiten. Dann wurde nach kurzer Berathung das einmonatliche Budget-Provisorium bewilligt. Gegen Ende der Sitzung stellte der Abg. Stainer einen Dringlichkeitsantrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Bekämpfung des Terminhandels in landwirthschaftlichen Produkten. Ueber den Antrag wird in der nächsten Sitzung am 4. Januar verhandelt.

Triest. Die Typhus-Epidemie zeigt eine Abnahme und geringere Intensität. Die Sterblichkeit ist relativ unbedeutend.

Budapest. Die Direktion der österreichisch-ungarischen Staatsbahnen erhielt von der Reichshager Domänenverwaltung die Drahtmeldung, daß gestern Abend halb 7 Uhr im Szechenyi-Schachte eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden hat, infolge deren das Grubengebäude und der Anfzug verbrannt sind. Während der sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten fanden noch drei kleinere Explosionen statt. Ein Theil der Arbeiter konnte gerettet werden. Bis heute früh 8 Uhr wurden 11 Leichen geborgen und 12 Schwerverletzte in das Spital gebracht. 59 Arbeiter werden noch vermißt. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Paris. Eine Anzahl sozialistischer Abgeordneter wird heute in der Kammer beantragen, daß die Regierung aufgefordert werde, eine Weltkonferenz zur Anbahnung einer allgemeinen planmäßig fortschreitenden Abrüstung einzuberufen, die bis zu ihrer Vollendung allen Großmächten die gleiche Wehrkraft läßt.

Florenz. Unter Theilnahme des Königs, der Königin, des Prinzen und der Prinzessin von Neapel, sowie des Herzogs von Aosta wurde heute die Internationale Kunst- und Blumen-Ausstellung eröffnet. Auf der Kunstausstellung ist das Ausland, speziell auch Deutschland, mit glänzenden Namen vertreten.

Bern. Der Ständerath ermächtigte den Bundesrath zur Kündigung bezw. Konversion des eidgenössischen Anlehens von 1887.

Petersburg. Veranlassung zu dem Mordversuch des Unterbeamten Sacharow auf den Direktor der Verwaltung der Staatsbahnen Wassiliewski war die Weigerung des Letzteren, eine von Sacharow geforderte Gehaltserhöhung zu bewilligen.

Washington. Viele konservative Senatoren haben beschlossen, zu versuchen, eine Abstimmung über den Beschlußantrag Cameron zu verhindern. Da eine große Mehrheit im Senat der Resolution günstig gesinnt ist, ist Obstruktion das einzig mögliche Mittel. Die Mehrheit der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten im Repräsentantenhause ist gegen jegliches Vorgehen bezüglich Cubas während dieser Tagung.

Die **Berliner Börse** beschloß die Woche mit schwacher Tendenz. Der Geschäftsverkehr gestaltete sich ziemlich ruhig. Für neue Unternehmungen ward wenig Neigung verspürt, was jedoch angesichts der Nähe der Weihnachtsfeiertage und des Jahresschlusses nicht auffällig erscheinen dürfte. Für die Ultimo-Regulirung zeigte sich heute einiges Interesse. Der Geldstand war eher etwas leichter. Ultimogeld war zu ca. 6¾—7 Proz. zu haben. Verstimmend wirkten namentlich matte Wiener Tendenzmeldungen sowie Realisationen der Planspekulation. Namentlich waren Montanwerthe angeboten. Im weiteren Verlaufe der Börse trat eine leichte Befestigung der Tendenz ein, doch waren die Kursveränderungen nicht beträchtlich. Von Bank-Aktien waren namentlich Kredit-Aktien auf Wien gedrückt, sie mußten etwa 1/8 Proz. zurückgehen. Deutsche Banken fast durchweg etwas niedriger. Von Bahnen waren heimische ziemlich behauptet, fremde still und wenig verändert. Schweizerbahnen gut behauptet. Der Montan-Aktienmarkt war schwach, namentlich mußten Laurahütte, Harpener, Hibernia und Bochumer nachgeben. Der Rentenmarkt zeigte behauptete Tendenz, Mexikaner anziehend, heimische Anleihen behielten ungefähr die gestrigen Kurse. Privatdiskont 4⅜ Proz. — Am **Getreidemarkte** trägt der Verkehr nach wie vor Feiertagsstimmung zur Schau, die Umsätze sind ganz unbedeutend, die Tendenz neigt zur Schwäche. Ueber die gestern vielgenannte Firma Cohn u. Rosenberg wurde heute an der Börse mitgetheilt, daß die Schwierigkeiten, in die die Firma gerathen sein sollte, in der Hauptsache beseitigt seien. Wegen der Handhabung des Geschäftsgebahrens nach dem 1. Januar 1897, resp. darüber, ob man nach diesem Termin der Börse fernbleiben und eine „freie Vereinigung" gründen soll, will die Freie Vereinigung der Produktenbörse erst die neue Börsenordnung abwarten, dagegen werden die Interessenten der Getreide-Frühbörse am Dienstag früh zusammenkommen, um über die weitere Geschäftsgestaltung zu berathen. Weizen und Roggen etwas niedriger, Hafer geschäftslos. Spiritus lebhafter, loco wie Termine etwa 20—30 Pfg. höher. — **Wetter:** Kalt, schön, Ostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 218.75. Disconto 207.25. Dresdner Bank 157.75. Staatsbahn —. Lombarden 86⅛. Laura 188.20. Ung. Gold —. Portugiesen —.—. Behauptet.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 102.47. Italiener 98.40. Spanier 69⅛. Portugiesen 26.50. Türken 20.52. Türkenlose 109.50. Ottomanbank 8.[illegible]. Staatsbahn 787. Lombarden —.—. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß). Weizen per Dezember-März 21.25, per April 22.40, bez. Sept. per [illegible] Mai 22.25, per August 22.75, [illegible]. Mehl per Dezember-Mai 56.25, per August 56.60, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 169, per Mai 169. Roggen per März 107, per Mai 108, per Juli —.

Oertliches und Sächsisches.

— Gestern Vormittag begab sich Se. Majestät der **König** nach Hellenberg zur Jagd, zu welcher mehrere Kavaliere mit Einladungen ausgezeichnet worden waren. Das Rendez-vous fand halb 9 Uhr an der Fabrik im Hellenberger Grunde statt. Die Rückkehr Sr. Majestät nach Villa Strehlen erfolgte Nachmittags.

— Se. Majestät der König hat den nachbenannten Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten und Unteroffizieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtsächsischen Insignien ertheilt, und zwar: des preußischen rothen Adlerordens 4. Klasse: dem

Meine Frau trägt: Triumph-Seife